

# Pulsnitzer Tageblatt

Druck- und Verlagsanstalt: Pulsnitzer Tageblatt  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zellenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl. in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Kellame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 250

Sonnabend, den 25. Oktober 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil

In dem Zwangsversteigerungsverfahren des im Grundbuche für Brettnig Blatt 116  
früher auf den Namen des Lederwarenfabrikanten Paul Martin Schögel in Brettnig  
eingetragenen Grundstücks sollen die nachverzeichneten Gegenstände, deren Versteigerung seinerzeit  
einwweilen eingestellt worden war, nunmehr am

12. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden, nämlich:

1 Tafel (Sortiertafel), 1 Spaltmaschine, 5 Stanzalöcher, 4 Schlegel,  
20 Handstanzen, 1 Regal, 2 Walklöcher, 1 Ausstoßmaschine (alt), 1 Ausstoßtafel,  
1 Presse, 15 Handschabellen, 10 Zirkelblätter, 1 Pult, 1 Motor 1/2 PS, 2 Schreib-  
tische, 2 Pulte, 1 Sessel, 1 Drehsessel, 1 Tisch, 1 Schreibmaschine mit Tisch, 2 Stühle,  
1 Nähmaschine, 1 Handmaschine, 2 Tafeln, 1 Handpresse mit Stempeln, 1 Spalt-  
maschine, 1 Walzmaschine, 5 Stanzalöcher, 1 Handschlegel, 38 Handstanzen, 10 Risten,  
2 Tische, 2 Regale, 1 Handwagen, 1 Dejmalmwaage, 1 Papierständer, 1 3-PS-Motor,  
Handkartenbestmaschine

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor Erstellung des Zu-  
schlages die Anhebung oder die einwweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigen-  
falls für das Recht der Versteigerungserlöbs an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 22. Oktober 1930.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikbesizers Alwin Georg  
Schulz in Pulsnitz, Inhabers der unter der Firma Alwin Schulz in Pulsnitz betriebenen  
Eisengarnfabrik, Färberei und Bleicherei wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters,  
zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berück-

sichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die Erstattung der Aus-  
lagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der

Schlussfrist am 21. November 1930, vormittags 11 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt. In diesem Termine sollen auch die nachträglich ange-  
meldeiten Forderungen geprüft werden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 23. Oktober 1930.

Zur Deckung des Aufwandes für

Entschädigung bei Viehverlusten durch Seuchen und Ent-  
schädigungen für die nichtgewerblich geschlachteten Rinder

hat das Wirtschaftsministerium für das Geschäftsjahr 1930 die Erhebung einer Umlage nach dem  
Stand vom 2. Dezember 1929 angeordnet.

Bis spätestens zum 10. November 1930 sind zu bezahlen:

für Einbufer . . . . . je 2.— RM  
für Rinder bis zu 3 Monate je 0.90 RM  
für Rinder über 3 Monate . . . je 5.40 RM

Mit der Erhebung dieser Beiträge wird demnächst durch einen Beauftragten des unter-  
zeichneten Stadtrates begonnen werden.

Pulsnitz, am 24. Oktober 1930.

Der Stadtrat

## Französisch-Deutsches Bündnis?

Die sechs Bedingungen des französischen Politikers Gustave Hervé an Hitler  
und den Stahlhelm und ihre Beantwortung

Herabsetzung von Ministergehältern — Industrieerleichterungen ermäßigt — Erfolgreiches Ende der brasilianischen Revolution

Gustave Hervé, der Herausgeber des französischen  
Blattes „La Victoire“, überrascht seit Tagen seine Leser mit  
Vorschlägen für ein Bündnis Frankreichs mit Deutschland.  
Hervé ist ein unbedingter Gegner des französischen Außen-  
ministers Briand. Er mißbilligt Briands Pläne zur Be-  
friedung Europas gründlich. Hervé ist einer der interes-  
santesten Franzosen der Gegenwart. Er hat eine bewegte poli-  
tische Vergangenheit hinter sich. Ursprünglich Sozialist und  
Antimilitarist, verweigerte er, als der große Krieg mit  
Deutschland ausbrach, seinem Vaterlande den Dienst nicht.  
Er wandelte sich zu einem glühenden Nationalisten und  
wurde ein begeisterter Verehrer der Ideen, die den deut-  
schen Nachbarn unbedingt am Boden halten wollten. Auch  
diese Periode hat Hervé jetzt hinter sich. Seine neuen For-  
derungen gehen auf Revision des Versailles Diktates hinaus  
und verfolgen weiter den Abschluß eines engen deutsch-fran-  
zösischen Bündnisses. Vorläufig steht Hervé noch ein-  
sam unter seinen Landsleuten da, aber ihn verdrängt es schein-  
bar nicht. Um den Kreis in Deutschland, die ebenfalls für  
eine Revision von Versailles kämpfen, näherzukommen, be-  
dient sich Hervé des bekannten Verehrers einer deutsch-fran-  
zösischen Annäherung, Arnold Reehberg. Durch Reehberg  
hat Hervé bei Hitler angefragt, wie sich der Führer der  
Nationalsozialisten zu folgenden Bedingungen für eine  
deutsch-französische Verständigung stellen würde:

1. Streichung der deutschen Reparations-  
lasten, sobald die Vereinigten Staaten von Amerika  
sich mit der Annullierung der von den Alliierten an  
sie geschuldeten Summen einverstanden erklären.
2. Rückgabe des Saargebietes an Deutschland  
ohne Volksabstimmung.
3. Zustimmung Frankreichs zum Anschluß Oester-  
reichs an Deutschland.
4. Togo und Kamerun werden an Deutschland  
zurückgegeben.
5. Deutschland soll gegen ein deutsch-französi-  
sches Militärbündnis das gleiche Militärstatut  
wie Frankreich und Effektivbestände in Stärke der im  
französischen Mutterland stehenden Truppen erhalten.
6. freundschaftliche Intervention Frankreichs bei Polen  
für Rückgabe des Korridors an Deutsch-  
land.

Diese Bedingungen Hervés sind in seinem Blatte „La  
Victoire“ vom 16. Oktober veröffentlicht. Das Telegramm  
Hervés an Hitler ist im „Völkischen Beobachter“ vom 24. Ok-  
tober wiedergegeben. Adolf Hitler bemerkt dazu, daß er seine  
Antwort im „Völkischen Beobachter“ am 25. Oktober bekannt-  
geben werde. — Auch an den Stahlhelm sind die Be-  
dingungen Hervés mitgeteilt worden, und der Stahlhelm hat  
nunmehr nach gründlicher Prüfung dazu Stellung ge-  
nommen. Als Erster hat der Führer der Deutschnationalen,  
Geheimrat Hugenberg, in einer Rede in Stettin sich  
mit den Plänen Hervés beschäftigt.

## Hugenbergs Antwort an Hervé.

Schon zeichnet sich folgende Möglichkeit am Horizonte  
der Zukunft ab: das offizielle Deutschland begehrt  
keine Revision, sondern sitzt feinstill.  
Aber das Ausland bietet ihm die Revision  
an. Das ist dann zwar ein Ergebnis unseres Kampfes gegen  
den Young-Plan, unseres Volksbegehrens und der Wahlen  
vom 14. September. Aber man wird es anders zu fristieren  
suchen. Außerdem wird es kein ehliches Angebot sein. Es  
wird in Wahrheit der dritte Tributplan  
werden. Schon jetzt — in diesen Tagen — sucht man nach  
bewährtem Muster, die großen Faktoren des nationalen  
Willens in Deutschland mitschuldig zu machen und dadurch  
für die späteren Phasen des Spieles lahmzulegen. Schon  
heute fragt man sie oder läßt sie fragen, ob sie nicht unter  
bestimmten, mit allerlei Fußangeln ausgestatteten Bedingun-  
gen zur Teilnahme an einem neuen Pakt bereit seien. Ich  
will die Frage gleich in aller Öffentlichkeit beantworten.  
Diejenigen Kräfte des Auslandes, die  
diesen Weg gehen möchten, haben vor allem  
den Wunsch, nicht mit einem nationalen  
Deutschland über die Revision zu ver-  
handeln. Sie möchten dies nationale Deutschland vorweg  
hinstellen und nachführen und dem anderen Deutschland, dem  
rheinbündertigen Deutschland, eine Hilfsstellung geben. Mit  
ihm möchten sie verhandeln, oder sagen wir — mit Männern  
wie Curtius und Birth. Ihnen möchten sie ein Geschenk  
machen, das sich später selbstverständlich als ein Danaer-  
geschenk herausstellen wird, um damit die nationale Be-  
wegung in Deutschland zu dämpfen. Diese nationale Be-  
wegung möchten sie im Grundsache auf irgendwelche  
Phantasie festlegen, um später die im Haag und in Genf „be-  
währten“ Unterhändler der Linken wieder ebenso herein-  
zuliegen, wie jedesmal bisher. Dann soll dem deutschen Volke  
zum dritten, vierten oder fünften Male mit Rundfunk, Aus-  
landspresse, Einschüchterung der deutschen Wirtschaft usw. ein  
großer Schwindel vorgemacht werden. Der nationalen Oppo-  
sition aber soll demnächst die erfolgreiche Aufklärung des  
Volkes durch den Hinweis erschwert werden, daß sie ja  
„grundsätzlich“ einst zugestimmt habe, und daß man doch zu-  
nächst einmal nehmen müsse, „was man kriegen könne“. So  
wird man vielleicht versuchen, das sozialistisch-parlamen-  
tarische System in Deutschland zu retten. Aber ich glaube,  
einen solchen Versuch werden wir schon in den Anfängen ab-  
drehen. Wir führen den Kampf um die deutsche Freiheit  
nicht, damit die schlechtbewährten Unterhändler der Gruppen,  
die Deutschland so tief ins Elend hineingeführt haben (vgl.  
die dahin gehenden Worte und Pläne Rathenaus), Deutsch-  
land schließlich um den Erfolg unserer Bemühungen bringen  
können. Dies Ringen um Deutschlands Freiheit dürfen nur  
Männer führen, die es aus ihrer Weltanschauung heraus zu  
einem für unser Volk und für die Welt gefunden Ende führen

können. Ruhe und Wohlfahrt können uns und Europa die-  
jenigen Leute nicht wiedergeben, die in ihrer Verblendung die  
Dinge bis an diesen Abgrund getrieben haben. Um der Zu-  
kunft der Nation willen werden wir einen rücksichtslosen  
Kampf gegen alle Versuche führen, das deutsche Volk noch-  
mals zu betrügen und seines wiedererwachenden Willens zum  
Leben zu berauben.“

## Der Stahlhelm zu Hervés 6 Pu. kten.

Das Bundesamt des Stahlhelm, Bund Deut-  
scher Frontsoldaten, teilt mit: Herr Arnold Reehberg hat  
unter Berufung auf einen Auftrag des Herrn Gustave  
Hervé dem Stahlhelm sechs Bedingungen zur Verständi-  
gung vorgelegt — zu einer Zeit, wo wegen der Behauptung  
von Stahlhelmverhandlungen mit Frankreich ein Gerichtsver-  
fahren schwebt, in dem Herr Reehberg als Zeuge auszu-  
sagen hat.

Die Welt weiß, daß der Stahlhelm die Streichung der  
Erbulasten, die Rückgabe des Saargebietes, dessen Deutsch-  
tum jede Abstammung klar erweisen würde, die Herstellung  
eines Großdeutschland, die Schaffung von Lebensraum durch  
Rückgabe gesicherten Kolonialbesitzes, die Rüstungsfreiheit und  
weitere Hoheitsrechte für Deutschland und die Öffnung der  
Korridor- wie der übrigen Ostfragen als vornehmste Auf-  
gabe außenpolitischer Befreiungsarbeit unablässig betreibt.

Ob Herr Gustave Hervé, der Herausgeber der Zeitung  
„Victoire“, als bevollmächtigter Vertreter fran-  
zösischer Vorschläge anzusehen ist, erscheint uns  
nicht erwiesen, zumal die französische Frontkämpferver-  
einigung „Croix de feu“ die Vorschläge des Herrn Hervé öf-  
fentlich restlos abgelehnt hat. Mit Interesse sieht der Stahl-  
helm, wie die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Aus-  
gleiches des Deutschland widerfahrenen Unrechts, dessen Grund-  
lage die Kriegsschuldfrage ist, auch in Frankreich an-  
scheinend Boden gewinnt. Der Stahlhelm hofft, daß diese  
Erkenntnis weitere Fortschritte machen wird.“

## Herabsetzung von Ministergehältern.

Agrarmaßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des  
Haushalts für 1931 faßten die Minister den Beschluß,  
nicht erst eine gesetzliche Herabsetzung ihrer Bezüge abzu-  
warten, sondern bereits ab 1. November auf 20 Prozent  
ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten.

Das Reichskabinett trat schließlich auf Grund eines  
Vortrages des Reichsministers Schiele in eine eingehende  
Erörterung der zur Milderung der landwirtschaftlichen  
Notlage erforderlichen Maßnahmen ein.

## Haushalt 1931 verabschiedet.

Die weiteren Verhandlungen des Kabinetts.

Das Reichskabinett hat in mehrstündiger Beratung  
den Haushalt für das Rechnungsjahr 1931 endgültig ver-  
abschiedet. Die verabschiedete Vorlage wird am 28. Ok-  
tober Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem  
Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und den nord-  
deutschen Länderregierungen, am 30. Oktober, wie bereits  
gemeldet, mit der sächsischen Regierung sein.

